

Verordnung

über die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft und deren Mitgliedstaaten sowie unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs, VEP)

Änderung vom 25. April 2012

*Der Schweizerische Bundesrat
verordnet:*

I

Die Verordnung vom 22. Mai 2002¹ über die Einführung des freien Personenverkehrs wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 2 und 3

² Für Angehörige von Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn, für die Artikel 43 Absatz 1 Buchstaben e–h VZAE gilt, gelten die Bestimmungen über die Höchstzahlen, die aus der Umsetzung von Artikel 10 Absatz 4a erster Satz des Freizügigkeitsabkommens resultieren, nicht.

³ Für Angehörige von Bulgarien und Rumänien, für die Artikel 43 Absatz 1 Buchstaben e–h VZAE gilt, gelten die Bestimmungen über die Höchstzahlen, den Vorrang der inländischen Arbeitskräfte und die Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen des Protokolls vom 27. Mai 2008 über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien nicht.

Art. 8 **Zusicherung der Bewilligung**

(Anhang I Art. 1 Abs. 1 und 27 Abs. 2 i. V. mit Art. 10 Abs. 2b und 4a
Freizügigkeitsabkommen)

Für die Einreise zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, zu deren Ausübung eine Aufenthaltsbewilligung EU/EFTA erteilt wird, können Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 2 sowie von Bulgarien und Rumänien eine Zusicherung der Bewilligung (Art. 5 VZAE²) beantragen.

¹ SR 142.203

² SR 142.201

Art. 10 Verweis in der Sachüberschrift und Einleitungssatz

(Art. 10 Abs. 3b, 4a und 4c Freizügigkeitsabkommen)

Eine Anrechnung an die in Anwendung des Freizügigkeitsabkommens festgesetzten Höchstzahlen erfolgt nicht, wenn der oder die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats nach Artikel 3 Absatz 2 oder von Bulgarien oder Rumänien:

Art. 11 Höchstzahlen

Das Bundesamt für Migration (BFM) teilt die in Anwendung des Freizügigkeitsabkommens festgesetzten Höchstzahlen für die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 2 sowie von Bulgarien und Rumänien auf.

Art. 12 Verweis in der Sachüberschrift und Abs. 1–3

(Art. 10 Abs. 3b, 4a und 4c sowie Art. 13 Freizügigkeitsabkommen)

¹ Bei den Höchstzahlen für Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 2 sowie von Bulgarien und Rumänien gelten die im AuG und in der VZAE³ vorgesehenen Ausnahmen sinngemäss.

² Aufenthaltsbewilligungen EU/EFTA, die Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 2 sowie von Bulgarien und Rumänien gestützt auf Anhang I Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe a des Freizügigkeitsabkommens erteilt werden, sind von den Höchstzahlen ausgenommen.

³ Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 2 sowie von Bulgarien und Rumänien, die als Doktorandinnen und Doktoranden oder Postdoktorandinnen und Postdoktoranden an einer schweizerischen Universität, Hoch- oder Fachhochschule erwerbstätig sind, bleiben auch beim Stellen- oder Berufswechsel von den Höchstzahlen ausgenommen.

Art. 38 Abs. 6

⁶ In Anwendung von Artikel 10 Absatz 4a erster Satz des Freizügigkeitsabkommens wird die Höchstzahl der neuen Aufenthaltsbewilligungen EU/EFTA für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige der EU-Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 2 bis am 30. April 2013 auf 2180 festgesetzt.

II

Diese Änderung tritt am 1. Mai 2012 in Kraft.⁴

25. April 2012

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Eveline Widmer-Schlumpf

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

⁴ Diese Änderung wurde am 26. April 2012 vorerst im ausserordentlichen Verfahren veröffentlicht (Art. 7 Abs. 3 PublG; SR **170.512**).

